



Resolution der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund zur geplanten Vollauktionierung des CO₂-Emissionshandels ab 2013

Die EU-Kommission hat am 23. Januar 2008 einen Vorschlag für die Ausgestaltung des EU-Emissionshandels vorgelegt. Dieser „Systemwechsel“ bedeutet den geplanten Übergang zu einer Vollversteigerung der CO₂-Zertifikate. Sie soll für die Stromwirtschaft gleich ab Beginn der 3. Handelsperiode (2013 - 2020) gelten. Für die Industrie ist vorgesehen, 2013 in einem ersten Schritt mit einem 20 %-igen Anteil an den zulässigen Emissionen zu starten, und diesen dann bis 2020 zu einer Vollversteigerung auszuweiten.

Die Vollversammlung der IHK zu Dortmund fordert die Mitglieder des nordrhein-westfälischen Landtags sowie die Bundestagsabgeordneten und die Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, sich im Vorfeld der Zusammenkunft des Rates der Regierungschefs am 11./12. Dezember gegen die geplante Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate auszusprechen.

Die Planungen gehen nach Überzeugung der Vollversammlung in eine falsche Richtung:

- Die Versteigerung bietet keine weltklimaschutzpolitischen Zusatzvorteile.
- Sie schafft ein stark überteuertes System, das zu Lasten aller Stromverbraucher geht.
- Sie führt zu einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung des produzierenden Gewerbes am internationalen Markt, auch innerhalb des Europäischen Binnenmarktes.

Es ist davon auszugehen, dass eine Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate ab 2013 eine extreme Kosten- und Strompreislawine auslösen wird. Die Mehrbelastung aller gewerblichen und privaten Verbraucher beträgt nach seriösen Berechnungen rd. 122 Mrd. EUR bis 2020. Davon entfallen allein rd. 74 Mrd. EUR auf die Industrie.

Jährlich, so wird geschätzt, erhöhen sich damit die Kosten in Deutschland um ca. 15 Mrd. EUR. Dies bedeutet eine bis zu 50 %-ige Erhöhung des Strompreises, ohne dass dadurch nur ein Gramm CO₂ weniger emittiert wird. 44 % der Kostenbelastung fallen allein in NRW an.

Bei einer Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate werden die in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional stark vertretenen Grundstoffindustrien wie Chemie, Stahl, Zement, Metall, Papier, Glas kaum überleben können. Diese Produzenten häufig global gehandelter sog. „commodities“ können die entstehenden gravierenden Zusatzkosten nur selten auf nachgelagerte Kunden überwälzen und sind somit weltweit nicht mehr wettbewerbsfähig.

Umweltschutz ist sicher zu Recht eines der wichtigen Ziele der Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union. Ebenso unbestritten ist die Notwendigkeit einer CO₂-Reduktion als Beitrag zum Klimaschutz. Dies darf aber nicht zu einer Zusatzbelastung der Wirtschaft in Milliardenhöhe führen, zumal in der aktuellen wirtschaftlichen Situation Entlastung das Gebot der Stunde wäre.

Daher fordert die IHK-Vollversammlung vertretbare ökologische und ökonomische Alternativen für eine zukünftige Gestaltung der CO₂-Reduktion in Europa!

Ein Modell könnte sein, dass alle Industrieanlagen grundsätzlich eine ausreichende und kostenlose Zuteilung von Zertifikaten erhalten. Auch für Anlagen zur Stromerzeugung ist weiterhin eine weitgehend kostenfreie Zuteilung nach Maßgabe brennstoffspezifischer Benchmarks - unter Berücksichtigung der tatsächlichen Produktion - vorzusehen.

Dortmund, 1. Dezember 2008